

FREIWIRTSCHAFT

Nr. 62 März/April 2014

Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen und Freunde,

aus aktuellem Anlass umfasst dieser Rundbrief in der Hauptsache eine Schilderung der Hintergründe des Ukraine-Konfliktes und ein geklautes Editorial, weil's die Scheinheiligkeit der heutigen Gesellschaft so schön deutlich macht:

Editorials gehören zur journalistischen Grundform der Meinungsbeiträge. Nach stundenlangem tiefem Nachdenken greift der Redakteur mit gefurchter Stirn zur Feder. Sodann erklärt er in tiefsinniger Analyse und glasklaren Worten die Lage der Menschheit und gibt ihr Antwort auf existenzielle Fragen. Heute nicht! Heute will ich mir einfach den Ärger von der Seele schreiben. Ich ärgere mich über den bayerischen Ministerpräsidenten und seine populistischen Angriffe auf den Netzausbau. Er bedient in platter Miasan-mia-Rhetorik – und ohne Rücksicht auf sein Geschwätz von gestern – das Lebensgefühl von Leuten, die alles und nichts wollen. Sie wollen alles, wenn es um Lebensqualität, Wohlstand, Versorgungssicherheit und niedrige Preise geht. Wenn es aber darum geht, die damit verbundenen Konsequenzen zu tragen, gilt die Devise „NIMBY – Not In My Back Yard!“ Mir gehen Leute auf den Wecker, die auf's Land ziehen und sich anschließend beschweren, dass es aus dem Schweinestall nicht nach Chanel duftet und die am liebsten per Gerichtsbeschluss dem Hahn das Krähen vor 9 Uhr verbieten wollen. Leute, die „natürlich gegen Atomkraft“, aber eben auch gegen Kohle, Gas, Wind und Solarenergie sind. Gegen Stromleitungen schon sowieso – jedenfalls bei ihnen. Denn Stromleitungen stören den

freien Blick über die Felder beim sonntäglichen Frühstücksei. Ich bin auf dem Dorf aufgewachsen und habe über Jahrzehnte erlebt, wie Tümpel, in denen sich Frosch und Molch tummelten, zugeschoben, wie Bäume an den Feldwegen umgesägt, dann irgendwann die Feldwege umgepflügt und am Ende massenhaft Wiesen in Äcker umgebrochen wurden, bis sie leblos und platt wie braun gestrichener Beton dalagen. In all den Jahren gab es keinen Protest gegen eine solche „Kultur“-Landschaft. Das war alles ordnungsgemäße Landwirtschaft. Wenn sich aber am Horizont Windkraft-Rotoren drehen sollen, ist das eine Verschandelung der Landschaft. Gegen die müssen sich sensible Landschaftschützer mit der selektiven Brille natürlich vehement wehren. Dann heißt es „Nicht in meinem Hinterhof!“ – und am liebsten nicht nur Stromleitungen unter die Erde, sondern gleich noch die Rotoren. Da werden dann fröhlich Kolonnen von Rechtsanwälten in Marsch gesetzt: Selbst wenn nur Verzögerungen der Projekte erreicht werden, ist das ja auch schon mal was. Das sehen diejenigen, die solche Verzögerungen ihren Job kosten, weil der Projektierer wirtschaftlich in die Knie geht, naturgemäß anders. Aber was ist schon Arbeitslosigkeit im Vergleich zu einem beeinträchtigten Blick auf einen Rübenacker! In meinen boshaften Momenten stelle ich mir eine Bundesregierung vor, die Gemeinden die Verantwortung für ihre Energieversorgung zurückgibt, sodass die einen bestimmten Anteil Energie in ihren eigenen Grenzen erzeugen müssen. Und dann male ich mir aus, wie eines Morgens Lastwagen auf dem Rübenacker erscheinen mit ölglänzendem Bohrgestänge. Wenn dann die aufgeregten NIMBY's fragen, was da geschehen soll, erklärt ihnen ein Statoil-behelmtter Mensch: Da sie Stromerzeugung aus Windkraft per Klage gerade abgewehrt haben, wird jetzt hier nach Erdgas gebohrt – per Fracking! Alles schön unterirdisch und unter Schonung der sonntäglichen Ruhe! Jetzt kann man sagen: Lass gut sein, so sind die Menschen. Aber ich habe mich noch nicht zu Ende geärgert. Da gibt es noch Michael Fuchs, MdB und langjähriger stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender für den Bereich Wirtschaft, der noch sein Fett abkriegen muss. Als Politiker sollte er wissen, dass vor'm Reden das Gehirn eingeschaltet werden sollte. Trotzdem entblödete er sich nicht, im letzten November bei Talk-Tasse Frank Plasberg auf die Frage, was er denn vor seinem Fenster haben

möchte, zu erklären, er sähe dort am liebsten gar nichts! NIMBY als politische Leitplanke! Für heute reicht's mir! Ihr volker.buddensiek@sonnewindwaerme.de

Geldlich-finanzielle Hintergründe der Unruhen in der Ukraine –GK-

Seit November 2013 warteten wir darauf, etwas über Ursachen der Unruhen in der ehemaligen Sowjetrepublik zu erfahren. Monatelang verlautete nichts, was dem Freiwirt Aufschluß geben konnte. Selbstverständlich vermuteten wir geldliche Hintergründe, genau wie in den Unruhen in Tunesien, Libyen, Ägypten usw.. Jedoch es gab keinen Hinweis, was da hinter der Szene gespielt wurde. Alle Medien hielten dicht- wer erwartet noch Wahrheit bei ihrer längst bekannten zentralen Lenkung?

Erst Ende Februar 2014 wurde das plötzlich anders, auffallend anders. Nun erhielten wir Beweise für die Richtigkeit unseres Wissens, daß auch in der Ukraine **sich alles ums Geld dreht**, obwohl vieles ungesagt bleibt.

Was bisher ans Licht gelangte, ist für unsere künftigen Aufgaben im Sinne der Freiwirtschaft lehrreich und zu beherzigen. Eines nicht allzu fernen Tages wird man in Deutschland gewiß dasselbe erleben. Der wachsenden Gefahr finanziellen Zusammenbruches wird Europa und die Bundesrepublik nicht entgehen, es hat keinen Zweck, davor die Augen zu verschließen und „das Beste zu hoffen“!

Seit ihrer Geburt aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion- aus finanziellen Gründen!- schleppen sich die Geld- und Finanzprobleme des Nachfolgelandes Ukraine wie eine chronische Krankheit fort. Als unabhängig gewordene Nation mußte ihr Staat selbstverständlich eine nationale Währung anstelle des zerrütteten Rubels einführen. Sie erhielt den traditionellen Namen **Karbovanets**. Größte Banknote war im Jahre 1993 1000 K. Schon zwei Jahre später wurden solche mit 1 Million K gedruckt. Innerhalb von drei Jahren war die Inflation vollständig außer Kontrolle. Man führte 1996 eine neue „Währung“ ein, die „**Hrywnja**“, im Verhältnis 100.000 UAK zu 1 UAH. Bis 2007 hatte die Hrywnja „nur“ etwa 60% ihrer Kaufkraft eingebüßt, neuere Zahlen sind nicht verfügbar.

Wir wissen: Das konnte nur eine Ursache haben: Der Geldscheindruck wurde nicht mehr nach dem Ausgabenloch des ukrainischen Finanzministeriums bemessen. Für die Extravaganzen der Regierung (die total korrupt war, wie wir später zeigen werden) mußte es sich nach anderen Geldquellen umsehen. Und die einzige andere Möglichkeit ist natürlich, fehlende Geldmittel zu borgen. Mit den gleichen Tricks wie in Deutschland oder anderswo. Mit Schuldverschreibungen bei den Sparern, den Kleinen und selbstverständlich den Großen, den Banken. Denn die sitzen ja darauf, und gegen gute Verzinsung und Sicherheiten gibt es bei denen so viel man haben möchte. Bis der Tag der Ab-

rechnung kommt!

Die Situation im März 2014:

„Die Wirtschaft der Ukraine steht kurz vor dem Zusammenbruch. Die neuen Autoritäten haben angekündigt, daß die Kassen leer sind, die bevorstehenden Ausgaben sind beträchtlich, aber ohne Geld-Deckung. Im Juli (2014) wird die öffentliche Schuld auf 410 Mrd. Dollar aufgelaufen sein. Die gesamten finanziellen Bedürfnisse belaufen sich für dieses Jahr allein auf 25 Mrd. Dollar, zum Ende 2015 sind 17 Mrd. Dollar, Zinsen nicht eingerechnet, an ausländische Gläubiger zurückzuzahlen.“

„Da die ‚Schatzkammern leer sind‘ und Rußland die ausstehenden 12 Mrd. Dollar Hilfe gesperrt hat, muß die Ukraine dringend neue Geldgeber finden. Aber bei einem Budget-Defizit von offiziell 8% sind private Geldgeber nicht zu erwarten, die Wirtschaft befindet sich wegen Auftragsmangel“ (=Geldmangel!) „seit fünf Monaten in einer Rezession“...

„Kapitalflucht (nur direkte Abzüge aus den Konten während zweier Monate der Maidan-Demonstrationen erreichten 3,1 Mrd. Dollar). Wenn die Kapitalflucht in diesem Maße anhält, kann der Zusammenbruch schon im März kommen, warnte die IIF....Der finanzielle Rettungsplan, den die Ukraine vorschlägt, wird bei der gegenwärtigen schwachen Regierung von den internationalen Gebern nicht verwirklicht, sagte Bloomberg dem Wirtschaftsfachmann von HIS Global Insight in London.“

Bei den Sesseldrückern der Regierung spricht wieder einmal nichts für Kenntnis des Geldwesens, wenn sie in dieser brenzigen Lage abwarten (oder sich nicht zu Entschlüssen auffaffen). Sie beweist ja, daß kein Vertrauen in die Hrywnja besteht, darum flüchten Vermögen aus dieser Währung in das vermeintlich sichere Ausland. Weil man die tödlich ruinierende Kapitalflucht nicht zu stoppen weiß, wird der Zusammenbruch der ukrainischen Währung unvermeidlich.

„Allein in den vergangenen vier Wochen schrumpften die ukrainischen Währungsreserven von 17,8 Mrd. US-Dollar auf knapp 15 Mrd. Will da jemand Hrywnjas kaufen? Nicht doch, die *ationale Währung befindet sich im freien Fall* gegen die Westwährungen. Das eröffnet wunderbare Aussichten für die Finanzgeier, die den sterbenden Wirtschaftskörper Ukraine schon umkreisen.“

Diese Aussage weckt den Verdacht, daß man die finanziell in Nöten stehende *Ukraine gar nicht retten will*. Im Gegenteil, aus dieser Sicht ist nicht zu zweifeln, daß der Zusammenbruch so schlimm wie möglich gestaltet werden soll. Mit anderen Worten, die Bankenverschöpfung Rothschild und Co. will durch Währungsverfall den Ukrainern alles, restlos alles stehlen, was sie noch haben. Ihr üblicher Weg dazu ist, über die zusammengebrochene Währung den Staat mit allem Besitz für ein paar Kopeken- wenn nicht voll geschenkt- einfach zu übernehmen- und zu „privatisieren“.

In diesem Lichte erhält das Angebot der Merkel,

11 Mrd. Euro „Soforthilfe“ zu gewähren, eine niederträchtige Bedeutung. Denn mit dem Geld, das sie gar nicht hat, kann man die Ukraine nicht „retten“, bestenfalls für ein paar Monate über Wasser halten. Andererseits könnte das sehr gut den finanziellen Zusammenbruch der Finanzen Deutschlands verursachen. Borgt die Merkel es von Banken gegen die deutsche Staatsschuld- ein bei ihrem Verhältnis zu den Strippenziehern gut möglicher Umweg- so verlagert sie das Risiko von den Bankstern gleichfalls auf das deutsche Volk, das dann für den eingeleiteten Raubzug in der Ukraine mitverantwortlich wird.

Alexander Rahr von Pravda.ru/ meint, „Ich kann mir nicht vorstellen, daß das benötigte Geld so schnell herbeigeschafft werden kann, und überdies ist die ukrainische Wirtschaft nicht imstande, es zu nutzen. **Die Wirtschaft wird von milliardenschweren Oligarchen beherrscht**, die niemand Rechenschaft schuldig sind... Die Hälfte davon wird mit Sicherheit mißbraucht, so daß von den erhofften 25 Mrd. keine Wirkung zu erwarten ist. In einem so großen Lande verschwindet das Geld einfach.“

„Laut Angabe der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (BIS Basel) halten europäische Banken für 23 Mrd. Euro fällige Schuldverpflichtungen der Ukraine, davon allein italienische Banken 6 Mrd. Sie könnten in einem Zusammenbruch arg verlieren.“

Da die staatlichen Schuldverpflichtungen offensichtlich auf Westwährungen lauten, strömen mit der Kapitalflucht die geliehenen Unterstützungs- bzw. „Überbrückungsgelder“ umgehend in den „Westen“ zurück. Was man noch an Exporten verdient, geht den gleichen Weg. Es ist die genau gleiche Situation wie in Zypern und Griechenland. Übrig bleiben die Sachwerte, und dafür wird die ukrainische Nation demnächst „gepfändet“.

So *arbeitet* das internationale Bankenkartell Rothschild mit dem Kapital!

Wie festgestellt, das Vertrauen in die Währung wird zerstört, und die „milliardenschweren Oligarchen der Ukraine“ scheinen dabei Hauptakteure zu sein, sie durch massive Transfers in Euro und Dollar zu untergraben. Wenn die „Hrywnja“ keiner haben will, nützt kein Geld der Westbanken bzw. EU oder Merkel, die Wirtschaft der Ukraine in Gang zu bringen.

Würde der ukrainische Staat die Hrywnja mit der Geldsteuer im Sinne Gesells belegen und verwalten, wären die Vermögensschiebungen sofort unmöglich. Die Wirtschaft braucht kein Leihkapital, um zu laufen, sie braucht umlaufendes Geld. Aber die Maßgebenden sind dafür zu korrupt und in der Tasche des internationalen Bankenkartells!

Oligarchie und Demokratie in „Korruptistan“

Als mit dem Überstaate Sowjetunion 1989 die „klassenlose Gesellschaft“ zusammenbrach, brach auch die große Lüge zusammen, die die Völker jahrzehntelang getäuscht hatte. Die

Scheinfreiheit der Sowjetvölker wurde von nationalen Bewegungen übernommen, welche die russische Vormacht einfach beiseite schoben. Es gibt keinen besseren Beweis für die natürliche Überlegenheit des Nationalstaates über alle Bestrebungen der von religiösem Wahne besessenen Geldmachthaber, ihn in internationale, multikulturelle Überstaaten aufzuspalten, zu unterdrücken, zu bekämpfen, zu beschimpfen.

Die neugebildeten **Nachfolgestaaten auf nationaler Basis** schufen sich Währungen, die zwar nationale Namen trugen, aber als kapitalistisches Dauergeld von der internationalen Geldfinanz kontrollierbar und verwundbar blieben. Das war für alle, restlos alle, zugleich das Ende wahrer nationaler Unabhängigkeit. „Internationale Finanzfachleute berieten“ die neuen Politiker und Staatsführer im Sinne (wie denn sonst?) zinswirtschaftlicher Prinzipien. Mit ein paar kleinen Anleihen, „finanziellen Starthilfen“, Bestechungen und ähnlichen Methoden *gerieten die Ahnungslosen in der alles entscheidenden Geld- und Finanzfrage von Anfang an in die Abhängigkeit derer, die ja schon die zerfallenen Überstaaten beherrscht hatten und dabei waren, sogleich neue Überstaaten zu schaffen.*

Auf daß das alte Spiel von neuem beginne! Ein Depp will eben nicht aus der Geschichte lernen. Übrig blieb in allen ehemaligen Sowjetstaaten das Staatseigentum, vorgeblich dem ganzen Volke bzw. Proletariat gehörend. Die sowjetische Staatswirtschaft war tot, also war die Leiche zu zerlegen und aufzuteilen. Es hätte Möglichkeiten gegeben, sie zum Vorteil des gesamten Volkes gerecht auszuführen, doch dem stand die alte sowjetische „Nomenklatura“ im Wege, die dann arbeitslos geworden wäre. Und die suchte IHREN Vorteil, den sie schnellstens finden mußte, um sich zu retten: Leihe Geld von der neuen nationalen Bank, kaufe damit billig die Staatsbetriebe die sie bisher geleitet hatte, und verkaufe dann die Anteile, um die eigene Anleihe mit tausendfachem Gewinn zurückzuzahlen. Das einzige Opfer, das freilich leicht zu erbringen war, war die Opferung der sozialistischen Gesinnung zugunsten weit einträglicherer kapitalistischer.

Nächst den berücktigten Oligarchen Rußlands, zu denen Putin gehört, sind offensichtlich die der Ukraine, dem zweitgrößten Nachfolgestaat, die bedeutendsten. Der wichtigste von ihnen, Achmatow, gilt noch gegenwärtig als der einflußreichste von ihnen.

Der 47-jährige ist über 15 Milliarden Dollar wert, ist Chef der Holdinggesellschaft „System Kapital Management“, die ihrerseits über 100 Gesellschaften mit mehr als 300.000 Beschäftigten verwaltet. Zu ihnen gehören Fabriken der Metallurgie, Rohrwalzwerke, Grundstücksgesellschaften, Banken, Telefonanbieter und Medien. Er ist der wirkliche Herrscher des Donbass, dem Zentrum der ukrainischen Schwerindustrie und besitzt nebenbei noch einen Fußballklub, Schachtar Donezk.

„Er entstammt einer alten Bergarbeiterfamilie.

„Wir lebten auf knapp 20 Quadratmetern‘ [das war freilich der für Familien gesetzlich festgelegte Durchschnitt im sowjetischen Paradies der Werktätigen], und hatten weder Toilette noch Wasserhahn“, berichtete er. Aber zu Beginn der 90er Jahre, nach dem Auseinanderfall der Sowjetunion, machte er im Kohlenhandel seiner Stadt Donezk seine erste Million.“

Die war sicherlich nicht ohne Genossen, pardon, Kumpane, zu erreichen, denn einer war schon vor ihm da: Achat Bragin, der Gevatter, Pate („godfather“) des ganzen Donezbezirks. Er wurde 1995 im Stadion bei einem Fußballspiel buchstäblich in die Luft gesprengt und fiel leblos zur Erde zurück. Der Spruch ist wohlbekannt, wenn es um Milliarden geht, spielt die Zahl der Leichen keine Rolle! Jedenfalls waren die Geschäftsverbindungen zwischen Bragin und Achmatow kein Geheimnis, wohl aber, weshalb Ex-Genosse Achmatow bis heute überlebte.

Ein anderer war Paolo Lazarenko, der zeitweise den Posten eines Ministerpräsidenten der Ukraine inne hatte. Denn daß man sich demokratisch präsentieren müsse, wenn man in dieser Welt des Geldes und der Heuchelei etwas gelten wollte, hatten die neuen- eigentlich alten- anpassungswilligen Apparatschiks aus der einstigen Nomenklatura erkannt. Lazarenko trieb es innerhalb und außerhalb seines Amtes so unverschämt, daß man ihn wegen Korruption im Amte unter Anklage stellen mußte. Er floh in die Verunreinigten Staaten, wohin er wohl seine Beute vorsorglich transferiert hatte und wurde von einem (amerikanischen!) Gericht „wegen Geldwäsche (*money laundering*), Steuerhinterziehung, Betrug und Korruption, **die Größe davon erreicht Milliarden von Dollar**“, verurteilt. Mit verwickelt in diesen Fall -und weitere Fälle, die wir jetzt erörtern,- war eine Dame, auf die wir gleich zu sprechen kommen.

Die in der Ukraine bestimmenden Kreise erkannten jedenfalls, daß man von ihnen abhängige Gefolgsleute an die Spitze des Staates stellen müsse. Demokratisch gewählt, muß das Volk sie hinnehmen, eher als die Oligarchie, die sich im Hintergrund halten und lenken wollte.

Auf Talentsuche dafür fiel Achmatow ein früherer Autoschlosser auf, Viktor Janukowitsch, einschlägig vorbestraft wegen Gewalttätigkeit und Raub, und dieser wurde nun zum Chef der Regionalregierung des Donezbezirks erkoren. „Es entwickelte sich eine geschäftliche Beziehung zwischen ihm und Achmatow, die zur Freundschaft wurde. 2002 wurde er Regierungschef in Kiew, und Achmatow triumphierte.“

Der nächste Schritt Achmatows war, Janukowitsch 2004 als Staatspräsidenten wählen zu lassen, er schlug jedoch fehl. Die im Klub ukrainischer Milliardäre mitspielende Dame Tymoschenko sabotierte sein Werk mit der sogenannten „Orangen Revolution“. Sein Rivale Justschenko nahm Rache und begann nicht nur die Konfiskation von Achmatows Reichtümern, er ließ ihn 2005 unter Anklage wegen „illegaler Geschäfte“ und „Wirtschaftsverbrechen“ stellen.

Achmatow floh nach Monaco und wartete dort den Sturm ab. In der Zwischenzeit wird sein Geld die erwartete Wirkung in den niederen Rängen getan haben, denn er kehrte zurück, blieb unbehelligt und schloß sich der neuen „Bewegung“ Janukowitschs „Partei der Regionen“ an. Als mit seiner Unterstützung Janukowitsch 2010 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, war ihm der erstrebte Streich doch gelungen. Achmatow war damit der eigentliche Machthaber der Ukraine, und nahm seinerseits Rache an seiner Feindin, eben jener Dame Julia Tymoschenko, die verurteilt und ins Gefängnis geworfen wurde. Doch wir greifen da vor.

Sein Freund und Juniorpartner wurde Dmitrij Firtasch, der „als Feuerwehrmann begann und in Geschäften mit Hong Kong seinen Aufstieg zum Milliardär startete.“ Im berühmten Hotel Rossija, dem Treffpunkt der russischen Nomenklatura, gegenüber dem Kreml, knüpfte Firtasch vorteilhafte Beziehungen, unter anderem 2004 zu den Bossen von Gazprom und in Turkmenistan. Seine kaum als korrekt zu bezeichnenden Vermittlungsgeschäfte mit dem ukrainischen Staat- bzw. dessen Marionettenregierung- brachte ihn in Kollision mit anderen Konkurrenten für die Milliardengewinne, und er wurde zeitweise- aus dem Geschäft gedrängt. Trotzdem, er ging nicht unter, Firtasch konzentrierte sich auf die Beherrschung der Medien, Fernsehen und Presse in der Ukraine und das kam nicht nur ihm, sondern auch seinem Freunde Achmatow gut zustatten. So profitierte auch er von der Präsidentschaft Janukowitschs, er „baute sein Empire aus mit seinem Medien Konglomerat ‚Inter Media Gruppe‘“.

„Aber die beiden“ (Achmatow und Firtasch) „haben das politische Spielfeld unter sich aufgeteilt, sie beherrschen die politische Szene wie in einem Verbundgeschäft. Alle Schlüsselstellungen, ob in den Ministerien oder Parlament, sind von ihren Werkzeugen besetzt. Janukowitschs Wirtschaftsminister ist zum Beispiel aus Achmatows Mannschaft, während der stellvertretende Ministerpräsident, leitend im Erdgasgeschäft, ein Mann Firtaschs ist.“

In diesem Klub rücksichtsloser, machtbesessener, amoralischer Männer kreuzt wie ein Weberschiffchen durch die zerstrittenen, sich wegen Geld erbittert bekämpfenden Fraktionen, eine ungewöhnliche Frau: Julia Tymoschenko. Eine attraktive Blondine, die das germanisch-wikingische Blut der Gründer der Ukraine und Hauptstadt Känugard, heute Kiew genannt, nicht verleugnen kann. Sie verstärkt diesen Eindruck, indem sie ihre Haartracht wie einstmals Germaninnen in Zöpfe flechtet und über dem Kopf verknötet, was ihr hervorragend steht.

Aber dieser Eindruck betrifft nur ihre äußerliche, körperliche Erscheinung. Wenn ein Beispiel der Gegenwart zu suchen ist, wie der perverse Ungeist des kapitalistischen Systems zweifellos gute Erbanlagen und das normale Gehirn krankhaft verderben, dann wäre Julia Tymoschenko an erster Stelle für seelische Entartung,

menschlich-sittliche Verkommenheit und gemeine Geldgier zu nennen.

Sie wurde 1960 in Dnjepopretrowsk geboren. Ihr Vater verließ die Familie, als sie drei Jahre alt war. Sie wuchs in der damaligen Sowjetunion unter den üblichen, für Kinder lieblosen, menschlich grauenhaften Zuständen auf: Kindertagesstätten, Komsomolzen, kommunistische Indoktrination in Schule und Freizeit formten ihren Charakter. Ihre Intelligenz wurde weidlich mißbraucht. Sie durfte „umsonst“ studieren was sie wollte. Mit 19 „heiratete“ sie, bekam eine Tochter- und studierte weiter! Was heute verschwiegen wird: Sie war KpdSU-Genossin und zeigte überdurchschnittlichen Eifer, in der Hierarchie aufzusteigen. Als der Zusammenbruch der Sowjetunion kam, war sie in führender Stellung als Betriebswirtschaftlerin großer Werke im Industriegebiet der Ukraine.

Was unmittelbar danach geschah, wird ebenfalls nirgends gesagt, doch gewiß ist: Sie gehörte zur Nomenklatura und beteiligte sich mit der linientreuen Kommunisten eigenen Brutalität, das Staatsvermögen eigensüchtig und rücksichtslos zu plündern.

Ihr ukrainisches Nationalbewußtsein entwickelte sich frühestens in den 90er Jahren. Zeugen bekundeten, Julia sei so russifiziert gewesen, daß sie selbst auf ukrainisch angesprochen stets russisch antwortete! Sie erkannte rechtzeitig, nicht in Moskau, nur in der Ukraine konnte sie eine Rolle spielen. Ihre Wandlung zur begeisterten EU-Europäerin auf Kosten der slawischen Gemeinsamkeit sieht sehr ähnlich aus. Man könnte das auch Charakterlosigkeit nennen.

Auch im Westen hat niemand behauptet, Julia Tymoschenko besitze einen lautereren Charakter und ihr Wollen sei von Uneigennützigkeit geprägt! Der würde ja ihren Förderern im Westen ebenfalls sehr im Wege sein, was diese Kreise bekanntlich gar nicht brauchen können. Sie verkehrte mit den höchsten Politikern, Bush, Merkel usw. der „Westlichen Wertegemeinschaft“! Nun, über deren Charakter gibt es ja auch nichts Gutes zu sagen.

„Vor ihrer politischen Karriere war **Julia Tymoschenko** eine erfolgreiche, aber umstrittene Geschäftsfrau in der Gasindustrie, die nach gewissen Schätzungen **eine der reichsten Personen in der Ukraine wurde**. Im Jahre 2005 reihte sie „Forbes Magazine“-Liste als mächtige Frau der Welt an dritter Stelle ein“ („ranked the world's third most powerful woman“).

Sie gründete 1995 den Konzern „United Energy Systems of Ukraine“. Was der englische Firmenname bezweckte ist merkwürdig, er deutet jedenfalls auf Verbindungen nach US-Amerika, d.h. Wallstreet- schon damals. Welchen Ruf sie damit erlangte, beweist ihr Kosename „Gas-Prinzessin“.

Man beachte, daß diese Gründung stattfand, als die erste ukrainische Währung schon total zertrümmert und wertlos war. Freilich, ohne eine korrupte Regierung hätte so eine Monopolgesellschaft niemals das Licht der Welt erblickt. Sie

alle müssen davon etwas abbekommen haben! Offenbar aber nicht genug, denn „Ende November 1997 ersuchte der Generalstaatsanwalt das Parlament, die Immunität der Tymoschenko aufzuheben, aber die Abgeordneten stimmten dagegen.“ Es muß damals schon allerhand gegen sie vorgelegen haben, zumal Tymoschenko später erklärte, „sie weigere sich, mit den korrupten Amtsinhabern zusammen zu arbeiten“. Die Worte „korrupte Amtsinhaber“ klingen aus Tymoschenkos Mund sehr aufschlußreich, sie deutet damit an, daß in diesen Staate ohne kräftige Schmiergelder nichts ging. Es war um diese Zeit, daß ihr eigener Parteiführer Lazarenko in Richtung USA türmte (siehe oben).

Sie half mit, den Präsidenten Kutschma zu stürzen. Sie wurde Minister für Energie (1999-2001) und organisierte einen neuen Plünderungszug: Sie steigerte die „Steuereinkommen aus der Elektroindustrie **um mehrere tausend Prozent**.“ Der Leser steht da fassungslos. Wer das bezahlen mußte, ist ihm klar: Ihr eigenes Volk! Im gleichen Maße, in dem sich Tymoschenko bei Aktionären und Machthabern beliebt machte, dürfte sie von ihrem eigenen Volke verflucht worden sein. Davon sagt freilich kein Artikelschreiber ein Wort.

So liegt der Gedanke nahe, daß Tymoschenko nicht nur in Kapitalfragen kundige Berater, sondern auch Hintermänner hatte, die ihre politische Karriere förderten. 2005 wurde sie zum ersten Male Ministerpräsidentin. Sie blieb allerdings nicht lange und kehrte in die Opposition zurück. Aber 2007 wurde sie es zum zweiten Male, und sie hielt sich bis 2010, als ihr Feind Janukowitsch zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Tymoschenko behauptete, die Wahlen seien gefälscht, was sehr wahrscheinlich ist, aber sie machte sich damit nur noch mehr unbeliebt in Achmatovs Clique. Politische Klugheit und Weitblick, von Kenntnis in Gelddingen ganz abgesehen, scheint in der ganzen Ukraine nirgends vorhanden zu sein. Die Resultate aller Intrigen tragen den Stempel der Dummheit. Wenn der Westen die Vorwürfe gegen Tymoschenko als politische Prozesse und „Menschenrechtsverletzungen“ beklagte, so war das fraglos zutreffend. Wenn der Staatsanwalt ihr zahllose Versuche der Bestechung von Gerichten und Behörden vorwarf, so wird das ebenfalls stimmen. Im ukrainischen Milieu totaler Korruption ist Schmier der Preis für eine erwartete Gefälligkeit. Ein Gedanke, Tymoschenko auf andere Weise zu fassen und ihren Einfluß zu beseitigen, fiel keinem ihrer vielen Feinde ein. Niemand erwähnte, daß sie unmöglich auf ehrliche Weise zu ihrem Milliardenvermögen gekommen sein konnte.

Die juristische Verfolgung der im Westen unnötig hoch angesehenen Tymoschenko („Heilige Julia“) schadete Janukowitschs internationalem Prestige, doch das wäre ihm vergeben worden, wäre er ein williger Mitspieler des USA-Israel-EU Komplotts geblieben. Und gerade mit diesem „Staatsmann“ trat der Fall ein, mit dem man im

Bankenkartell des Hauses Rothschild offenbar nicht gerechnet hatte.

Der „ukrainische Volksaufstand“ made by USA

Die unaufhörlichen Massendemonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew, die Ende November 2013 begannen, aber nur wenige andere Städte und nicht die Weite des Landes erfaßten, sind Gipfelpunkt eines seit den 90er Jahren andauernden Intrigenspiels, die Ukraine in das westliche, das heißt in das Rothschild-Bankenkartell, einzugliedern. Von Politikern wie von Kritikern wurde offen gesagt, daß man Rußland damit wirtschaftlich schwächen, mit einer der NATO angehörenden Ukraine militärisch bedrohen und politisch erpressen kann. Nach dem Fall der Ukraine an die „Neue Weltordnung“, wird Rußland der nächste Staat sein, den sie vereinnahmen will.

Die heimliche finanzielle Eingliederung ins Bankenkartell war seit 2011 im Gange, die politische wurde offen angestrebt. Am 11. April 2011 wurde bekannt, daß die Ukraine eine erste Anleihe des Weltwährungsfonds (IMF) von 1,8 Mrd. Dollar erhalten solle, unter den Bedingungen- man beachte!- daß die Pensionen der Ukrainer gekürzt und die Zusammenarbeit mit dem IMF sichergestellt würde. Eine weitere Anleihe der Weltbank von 850 Millionen wurde versprochen, unter weiterer Einschränkung der finanziellen Souveränität der Ukraine.

Ein großer Streit mit Rußland über nicht bezahlte Gaslieferungen kam dazwischen. Die Verhandlungen schleppten sich hin, offenbar fürchtete man, daß die Anleihen zur Bezahlung der Gasschulden nach Rußland gingen. Da griff Putin ein, bestellte Janukowitsch nach Moskau und machte ihm ein sehr günstiges Angebot, wenn er die Ukraine an den russischen Zollverband anschließe.

Am 21. November 2013 teilte Janukowitsch seinen Umfall der gerade tagenden EU-Gipfelkonferenz mit. Die Konsternation dort muß riesengroß gewesen sein. Es dauerte mehrere Tage, bis man sich faßte.

Am 27. November, wie später aus abgehörten Geheimgesprächen zwischen US Unterstaatssekretärin Nuland und US-Botschafter Pyatt bekannt wurde, berieten sie, wie man die Opposition, u.a. unter Führung des Boxers Klitschko, zu Unruhen gegen die Regierung organisieren müsse.

Am 29. November „zogen wohl orchestrierte Protestierer durch die Straßen Kiews, während der (ungewählte) EU-Präsident Barroso bekannt gab, daß die EU Rußlands Veto der Abmachungen nicht hinnehme.“ US-amerikanische Spitzenpolitiker gaben sich in Kiew die Klinke in die Hand, den demokratisch gewählten Janukowitsch „herumzubekommen“. Ms. Nuland (alias Victoria Nudelman), „Unterstaatskretär“, war nicht weniger als dreimal in drei Wochen in Kiew. Andere, wie der übel beleumdete Kriegshetzer McCain (bekannter Agent Israels) und

US-Staatsekretär Kerry (alias Cohn), Vize Biden und andere verhandelten ungeniert mit der „Opposition“ und ermunterten sie, die legale Regierung der Ukraine zu beseitigen! Auch EU-Kröten wie Westerwelle, Krazyński hetzten in Kiew gegen die- gewiß mit vielen Fehlern behaftete- demokratische Regierung.

Es zeugt für die Unfähigkeit Janukowitschs und seiner Minister, daß sie dem aufrührerischen und hochverräterischen Treiben hochrangiger Ausländer unter den ukrainischen Unzufriedenen nicht sofort ein Ende machten. Nuland-Nudelman erfrechte sich, persönlich unter den Demonstranten Gebäck zu verteilen, und besaß dann noch die Unverschämtheit, sich von Janukowitsch zur Aussprache empfangen zu lassen! „Nuland rühmte sich ihrer ‚koordinierten Diplomatie auf hohem Niveau‘ und ‚einer über zwei Stunden langen harten Aussprache‘ mit Janukowitsch: ‚Die USA verlangen sofortige Schritte, zu Gesprächen mit der EU und dem IMF zurückzukehren.“

„Während westliche Medien Janukowitsch als schwache Führerpersönlichkeit hinstellen, so kann Nulands Behauptung einer ‚hart geführten Verhandlung‘ nur besagen, daß er stark genug war, ihren Drohungen und Einschüchterungsversuchen zu widerstehen. Man kann sich vorstellen, wie unverschämt und unmanierlich sie sich aufführte.“- Gegenüber dem im Range weit höher stehenden Staatspräsidenten hätten solche Umgangsformen einer untergeordneten Angestellten eines fernen Staates genügt, ihr die Tür zu weisen.

Nicht weniger unverschämt logen die Freimaurermedien. DER SPIEGEL vom 16.12.2013 bezeichnete Putin als „Halbstarken“, und beschuldigte als Unruhestifter „den Regisseur dieser Ereignisse: Wladimir Putin!“ Der „Kremlchef“ wolle die Macht der Sowjetunion wiederherstellen. „Ohne Rücksicht auf Verluste nutzt Putin seine Macht, dieses Ziel zu erreichen.“ Er drohe ehemaligen Sowjetrepubliken, die „aufmucken“, er erpresse und spiele sie gegeneinander aus. Er agiere kalt und skrupellos, aber sehr erfolgreich. In dreckiger Weise „verteidigen“ Schmierblätter die Raub- und Aggressionspolitik des Bankenkartells! Kein einziges Wort von Geldmanipulationen, erpresserischen IMF-Anleihen und Auslieferung der Souveränität der Ukraine an EU und Amerika!

Am 13. Dezember hielt Nuland-Nudelman in Washington einen Vortrag auf einer Ukraine-Konferenz und gab bekannt, „daß Washington Geldmittel bereitstellen werde, um eine gute Form von Demokratie in der Ukraine einzuführen. Sie sagte, daß die Vereinigten Staaten seit der Unabhängigkeitserklärung die Ukraine unterstützten und sich bemühten, demokratische Geschicklichkeit und Institutionen aufzubauen. Teilnahme der Allgemeinheit am Geschehen und eine gute Verwaltung sind Voraussetzungen, um den künftigen Eintritt in die Europäische Gemeinschaft zu vollziehen. „Die USA haben in den letzten fünf Jahren über fünf Milliarden

Dollars investiert, um diese und andere Ziele sicherzustellen, die Ukraine blühend und demokratisch zu machen.“

Der Satz von den „5 Milliarden Dollars investiert für politische Ziele“- die anderen verschwiegen und das in einem Land, das die USA nichts anging, lief durch die ganze Welt. Die „Demokratie“ in „Korruptistan“ kennen wir inzwischen, interessant ist, daß die USA nur kümmerte, ob sie im Sinne der US-Politik, die ja Politik des Großkapitals ist, betrieben wurde. Man muß also bei allen Unruhen („Orange-Revolution“ usw.) das Werk der US-Geheimdienstagenten sehen, die aus dem Gleis weichende „ukrainische Demokratie“ auf den genehmen Kurs zu bringen.

„Was Nuland am 13. Dezember nicht bekanntgab, waren ihre Begegnungen mit Ukrainees „Einflußreichen“, und zu denen gehörten der ‚Neo-Nazi‘ ‚Svoboda‘ Parteiführer Oleh Tihanuk und der Ministerpräsident-Anwärter Jasemjuk von der ‚Vaterlandspartei‘. Zur gleichen Zeit haben auch die Senatoren McCain (R) und Murphy (D) faschistische und extremistische ‚Führerpersönlichkeiten‘ in Kiew getroffen und boten ihnen Unterstützung gegen die rechtmäßige Regierung an.“

Die Nuland-Nudelmann kam dabei in schiefes Licht, da ihr Telefongespräch mit Botschafter Pyatt über den geplanten Sturz der Janukowitsch-Regierung von Dritten mitgehört wurde. Pyatt schlug Einschaltung der EU vor und Nuland schrie: „Fuck the EU“- auf Deutsch ausgedrückt; „Scheiß auf die EU!!!“. Diese Aufforderung, wenn nicht persönliche Absicht Nulands-Nudelmans kam unserer europäischen Merkel zu Ohren, die der Presse erklärte: „Das ist völlig unannehmbar!“ Ihr Sträuben, Nulands dringendes Geschenk anzunehmen, ist verständlich, doch verdient hätte sie es! Was ihre jüdischen Freunde in Wut ihren EU Partnern anbieten!

Am **18. Dezember** schloß Putin mit Janukowitsch einen Vertrag, der Stundung der Schulden, Rabatt auf Gaslieferungen, Finanzhilfe in Aussicht stellte. Fraglich ist, ob Janukowitsch in seiner Beschränktheit begriff, daß er zu diesem Zeitpunkt auf der Abschußliste der Amerikaner stand, Putin die einzig verbliebene Alternative darstellte. Er blieb schwankend und unentschlossen. Die Ausschreitungen nahmen an Schärfe zu, es wurde geschossen, es gab Tote und Verletzte.

Anscheinend bekamen Janukowitschs Hintermänner Angst und knickten ein. Achmatow setzte sich ins Ausland ab. Firtaschs Medien stellten sich um, ergriffen Partei für die Randalierer. Die Regierung mußte längst in Erfahrung gebracht haben, daß bei einer Meinungsumfrage nur 5% für die Demonstranten waren, die wochenlang Tag für Tag Lärm machten und dafür gut bezahlt wurden, daß obskurer Zulauf aus Lemberg eintraf. Weshalb durfte die Polizei nicht durchgreifen?

Am **24. Januar 2014** „identifizierte Präsident Janukowitsch ausländische Elemente an den Kiewer Protesten beteiligt. Er warnte, daß be-

waffnete Radikale eine Gefahr für die friedliche Bevölkerung seien. Unabhängige Nachrichtendienste meldeten ebenfalls, daß „nicht die Bevölkerung mehrheitlich die Opposition stütze, vielmehr stütze die sich auf eine Bande, die aus Lemberg nach Kiew gekommen sei.“

Am **30. Januar** gab das State Department bekannt, daß Unterstaatssekretärin Nuland wieder nach Kiew reise, um in Kiew „Regierungsvertreter, Oppositionsführer, Bürgervertreter und Geschäftsleute treffen werde, um mit ihnen *Zustimmung für eine neue Regierung* und einen Aktionsplan dafür zu erreichen.“ In anderen Worten, einen Monat vor dem Ereignis hatte die US-Regierung einen Plan laufen, wieder einmal einen demokratisch gewählten Staatspräsidenten aus dem Amt zu vertreiben.“

Am **4. Februar** wurde das oben erwähnte Telefongespräch der Nuland bekannt, was eine Weltsensation auslöste. Die CIA hat schwere Abbiegearbeit geleistet- inzwischen gibt es schon drei verschiedene Versionen des Gesprächs, so daß man es demnächst als „Fälschung“ hinstellen wird.

Am **20. Februar** kamen die Außenminister von Frankreich, Polen und Deutschland nach Kiew. „Sie forderten ultimativ“ von Janukowitsch, der Ernennung einer ‚Interim-Verwaltung‘, Verfassungsreform, einem neuem Parlament, Präsidentschaftswahlen zuzustimmen- und „*die sofortige Freilassung der ehemaligen Regierungschefin Julia Tymoschenko!*“ Unter dem Vorwand, ‚Ohne klare Feststellung, daß der Druck der fremden Außenminister die erwünschte Wirkung erreichte‘ lehnten die Oppositionsführer ab, und die Unruhen wurden von ihnen- sicher im Auftrag!- fortgesetzt.

Am **21. Februar** beschloß eine Sondersitzung der EU in Brüssel Sanktionen gegen die Ukraine Janukowitschs. „Die Entscheidung der EU erfolgte *auf immensen Druck der US* auf die Europäer, Strafmaßnahmen gegen das ukrainische Regime einzuleiten.“

Am **22. Februar** lehnte das ukrainische Parlament ab, sich aufzulösen. Eine Stunde später beschloß es, obwohl verfassungsgemäß dazu nicht befugt, Präsident Janukowitsch abzusetzen. Ein tobender Mob stürmte seine Amtswohnung und Janukowitsch floh- vermutlich nach Rußland. Tymoschenko hielt eine Rede auf dem Maidan Platz und pries die Auführer als „Befreier der Ukraine“. Putin erklärte, dies sei nichts anderes als ein von Ausland- USA und EU- bewerkstelligter Staatsstreich bzw. Putsch und erklärte das neue Regime für illegal und verfassungswidrig.

Am **1. März** ließ US-Vizepräsident Biden dem neuen Ministerpräsidenten Jatsenjuk, als Jude bekannt, mitteilen, die US-Regierung beglückwünsche ihn zu seinem Amt und würde die territorialen Rechte der Ukraine stützen. Die EU hat die Umsturzregierung sofort anerkannt.

Am **4. März** kam US-Staatsekretär Kerry (alias: Cohn) nach Kiew und besuchte Jatsenjuk.

Am **6. März** beschloß das Regionalparlament

der Krim die Vereinigung mit der Russischen Republik. Dies löste wütende Proteste in Brüssel und Washington aus, Putin als Aggressor und „Einmischung/Invasion in den souveränen ukrainischen Staat“ zu erklären. US-Staatssekretär Kerry (alias Cohn) drohte Rußland mit Vergeltung und Sanktionen.

Am **16. März** fand eine Volksabstimmung der Krimbevölkerung statt, die sich zu 96,8% für den Anschluß an Rußland entschied. Wiederum protestierte Kerry am lautesten, verlangte die Annullierung der Abstimmung, auch die EU erkenne sie nicht an. Wieder ein Beweis, wie US- und EU-Politiker öffentlich den Volkswillen mißachten und einen eindeutigen Volksentscheid bekämpfen! Wie verträgt sich das mit ihren unaufhörlichen, feierlichen Bekenntnissen zu wahrer Demokratie, da sie alle Staaten der Welt nach ihrem demokratischen Verhalten beurteilen?

Am **20. März** annullierte Putin den Vertrag, den er mit Janukowitsch geschlossen hatte. Als erstes werden den Ukrainern die Gaspreise sofort um 40% erhöht. Putin unterzeichnete das Gesetz der Vereinigung mit der Krim. (Im Westen als „Annexion“ erklärt!)

US-Kerry drängte Kiew, die ukrainische Wehrmacht einzusetzen! Interim MP „Jatsenjok“ erzählte ihm, daß in seinem Militär ‚nichts läuft, nichts fliegt, nichts schießt‘, und bat, die USA sollten Militärhilfe für sein Land leisten.“

Am **22. März** fordert der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew von der Ukraine die umgehende Bezahlung von 11 Mrd. US-Dollar für Gaslieferungen, ihre Schulden an Rußland belaufen sich auf 16 Mrd. US-Dollar. Ukrainische Truppen auf der Krim werden in die Ukraine entlassen.

Der Ministerpräsident der selbsternannten „Interims-Regierung“ Jatsenjok, jüdischer Herkunft, daher „ein Favorit des Westens“, erklärte, „wir müssen um Hilfe vom IMF bitten... die Wirtschaft der Ukraine ist zusammengebrochen“. Er ist Frontmann ukrainischer Oligarchen. Er ersetzte die Freunde Janukowitschs durch seine: Der Milliardär Sergei Taruta wurde Präsident der Regionalregierung von Donezk, Igor Kolomoyski für Dnjepopotrewsk ernannt. Putin ließ sich dazu aus: „*Kolomoyski ist ein Halunke. Der hat es vor ein paar Jahren fertig gebracht, sogar unseren Oligarchen Roman Abramowitsch zu betrügen.*“

Jatsenjok verhandelt mit Vertretern von IMF und Banken, wie dem bankrotten Lande zu „helfen“ sei- mit Anleihen. Christine Lagarde vom IMF sagte, der IMF sei willig zu geben. Es geht nur darum festzuschreiben, was und wie das ukrainische Volk dafür zahlt. Über 23 Milliarden schuldet die Ukraine den Euro-Bankstern. Die Bedingungen, wie Zinsen, Rückzahlungen und Sicherheiten, wird er sicher annehmen. Ukrainer ist er als Jude ja nur formell.

Die bezahlten ausländischen Unruhestifter

(Übersetzung) William F. Engdahl hat auf der Internetseite www.irq-war.ru Fotos von zwei Flugblättern nebeneinander gestellt, die das

Schlaglicht auf fortwährende verbrecherische Einmischung der USA in fremde Staaten und Nationen werfen.

„Das eine wurde an die Protestierer auf dem Maidan Platz in Kiew verteilt. Es ist eine Wort-für-Wort, Bild-für-Bild Übersetzung des Pamphlets, das die US-finanzierte Privatfirma CANVAS im Auftrag der USA herstellte und an die Organisatoren der Massendemonstrationen auf dem Tahir Platz in Kairo 2011 verteilten. Sie führten bekanntlich zum gewaltsamen Sturz des ägyptischen Präsidenten Hosri Mubarek und brachten die Moslem-Brüderschaft zur Macht.“

„CANVAS, früher Optor, erhielt beträchtliche Geldzuwendungen vom State Department. Im Jahre 2000, um die erste erfolgreiche Color-Revolution gegen Präsident Slobodan Milosewitsch im damaligen Jugoslawien zu organisieren. Seitdem hat sich die Firma CANVAS als Vollzeit- „Revolutionsberatung“ für die US-Regierung eingeführt. Damals wühlte sie als „Graswurzel-Bewegung“, die für „Demokratie“ tritt. Wer hätte je gedacht, daß eine Privatfirma, die von Washington für aufrührerische Tätigkeit in Serbien bezahlt wurde, tatsächlich ein Unternehmen für von der US-Regierung geplante Machtwechsel ist?“

„Unmittelbare Quellen, die ich in Kiew aufsuchte, **berichten übereinstimmend, daß die Protestler mit Geldgeschenken angeworben** wurden. Es waren meist Studenten der Universität und Erwerbslose, die man mit Autobussen in das Herz von Kiew brachte. Merkwürdig ist das auffallende Hervortreten des Preis-Boxers Vitaly („Eisenfaust“) Klitschko, der sich bei ihnen als weiser Politiker für die bessere Zukunft der Ukraine vorstellte bzw. vorgestellt wurde. Ohne Zweifel ist die Boxer-Karriere, in der man andere Boxer bewußtlos hämmert, eine großartige Empfehlung für den zukünftigen Staatsmann.“

„Interessanter ist herauszufinden, wer seine neuen Gönner sind. An erster Stelle steht da Victoria Nuland, Unter-Staatssekretärin des US-Außenministeriums unter Staatssekretär John Kerry, und in direkter Verbindung mit Vizepräsident Cheney, von dem sie ihre Aufträge erhält. Klitschko pflegt auch gute Freundschaft zu Bundeskanzlerin Angela Merkel. Nach einem Bericht des SPIEGEL befürwortet Merkel den Plan, Klitschko zum künftigen Präsidenten der Ukraine vorzuschlagen.“

Die dunkle Seite hinter der „Für Demokratie“-Opposition ist die Tatsache, daß sich ihre Forderungen und Taktik laufend wandelten. Keine richtete sich gegen die Korruption oder fremde Einmischung in die Landesangelegenheiten: Zuerst Demonstrationen für den Anschluß an die EU, dann gegen Putin, dann zunehmende Ausschreitungen gegen die legitime Janukowitsch-Regierung, Schießerei und schließlich Menschenverfolgung. Und im gleichen Augenblick, da das Ziel der Amerikaner erreicht war, verschwanden die tobenden Massen aus Kiew.

Ein Telefongespräch des estnischen Außenmi-

nisters Paet nach seinem Aufenthalt in Kiew trug in die Öffentlichkeit, daß die Schüsse auf dem Maidan eine gezielte Provokation waren. „Es wird immer klarer, daß nicht Janukowitsch hinter den Scharfschützen stand, sondern jemand aus der neuen Koalition....Durch den estnischen Außenminister ist erwiesen, daß die Scharfschützen in beide Seiten hinein schossen, sowohl die Polizei wie auf das Volk.- 94 Menschen wurden getötet und weitere 900 verwundet bei diesen Konfrontationen.“

Es wurde im Internet vermutet, daß aus umliegenden Häusern Agenten der berüchtigten US-Terrorfirma BLACKWATER mit Scharfschützengewehren schossen. Jedenfalls haben die Ärzte bei Verwundeten beider Seiten die gleiche Munition festgestellt. BLACKWATER hat sich bei ähnlichen Vorfällen in anderen Ländern den üblen Ruf eingehandelt, Amerikaner begingen zahlreiche Verbrechen in Ländern ihres Interesses. Daß ihnen ein daraus entstehender Bürgerkrieg sehr gelegen gekommen wäre, ist überhaupt nicht zu bezweifeln. Jedoch, es können auch andere gewesen sein.

„Israelischer Kommandeur kämpft, um Kiew zu schützen.“

Die nachfolgende Übersetzung, der Webseite timesofisrael.com/ vom 28-02-2014 entnommen, ist die fast unglaubliche Preisgabe der Straßen-Akteure des Putsches vom 22.02. in Kiew. Mit drei Seiten A4 eng geschrieben ist sie zur Wiedergabe zu lang, doch die Auszüge verraten genug.

„Braun ist die Farbe des Kopfschutzes von DELTA- dem Kriegernamen des Kommandeurs einer jüdisch geführten Streitmacht, die an der ukrainischen Revolution mitwirkte. Unter dem Helm trägt er die jüdische Kippah.

Delta, ein in der Ukraine geborener Soldat der israelischen Armee, sprach zu JTA am Donnerstag unter Bedingung der Anonymität.... Er befiehlt eine Einheit von 40 Männern und Weibern-einige alte Kämpfer der IDF dabei- in heftigen Zusammenstößen mit Regierungskräften. „Die heftigste Schlacht war in der Istitutuskaja Straße. Sie schossen mit Gummi-Kugeln. Wir schossen zurück. Zwölf Tote blieben auf der Straße.“

Einige ukrainische Juden, einschließlich Rabbi Moshe Azman, ein Anwärter auf den Titel eines Chefrabbiners, bestätigten Deltas Identität und Aufgabe in der noch nicht beendeten Revolution. Das Problem, sagte er, sei, daß sie niemals ohne Waffen gehen. Er berichtete JTA, seine Einheit habe dem Mob erklärt, er möchte ihm die Waffen gestatten, sonst würde es ein Massaker geben, und da gäbe es keine Wahl.

Delta, der nach Israel in den 90er Jahren ausgewandert war, *kehrte vor einigen Jahren in die Ukraine zurück* und war Geschäftsmann. Er schloß sich am 30.November der Protestbewegung an. „Ich gehöre nicht Svoboda an, aber ich bekomme meine Befehle von Aktivisten verbunden mit Svoboda, eine ultranationalistische Partei.... Sie wissen, ich bin Israeli, Jude und ex-

IDF Soldat. Sie nennen mich Bruder“. -Die leitende Stellung von Svoboda in der Revolutionsbewegung ist kein Geheimnis, sagt Ariel Cohen, ein höherer Mitarbeiter der Washingtoner Denkfabrik Heritage Foundation. Viele Juden unterstützten die Revolution und beteiligten sich aktiv an ihr. Der stellvertretende Ministerpräsident der Interim-Regierung ist auch Jude, sagte Rabbi Azmon.

Delta fühlt sich als Außenseiter, darum verrät er nicht seinen Namen. „Manchmal frage ich mich, warum mache ich das?...Dies ist doch nicht mein Land!“

Zusammenfassung:

Die Wahl von Nazi-Braun für Svoboda („Freiheit“) ist nicht ohne hintergründige Bedeutung. Daß Svoboda sich nationalsozialistisch und antisemitisch gebärdet, aber von Juden geführt wird, dient ihrer Tarnung und der Irreführung des Volkes. Die arbeiten eng mit ihren Glaubensgenossen aus USA und Europa zusammen. Daß Nazi-Svoboda aus der *katholischen Ukraine* (Lemberg) kommt, ist nicht verwunderlich. Hitlers NSDAP wurde in München, dem „deutschen Rom“ groß.

Auftrag und Ziel dieses jüdischen Verbandes ist zu helfen, die Ukraine dem Bankenkartell Rothschild-Rockefeller zu unterwerfen. Das gibt schon jahrelang Milliarden dafür aus, die Kosten des Februar-Putsches sind noch nicht errechnet! Sicher hofft das Bankenkartell, für alle Auslagen das 100fache und mehr aus der Ukraine herauszuholen, aber der Erfolg scheint noch ferne zu liegen.

Für viele dürfte überraschend, aber aus den Vorgängen ersichtlich sein, wie langsam und schwerfällig die Geldfinanz ihre Absichten zu verwirklichen versucht und wie oft mühsam eingeleitete Unternehmen fehlschlagen. Sicher ist sie von Angst gequält, ein einziger ihrer Raubzüge könnte einen Volksaufstand auslösen, der sie an einem Tage um alles bringt, was sie in hunderten Jahren raffte. Ihr vorsichtiges Agieren ist trotz langfristiger Pläne von Kurzsichtigkeit geprägt. Wahrscheinlich aus religiöser Verblödung, die Wirklichkeit der Welt und Menschen leugnet.

Die Heraushebung der „Heiligen Julia“ Tymoschenko ist ein Beispiel dafür. Tymoschenko hat sich im Volke sehr unbeliebt gemacht, die Milliardärin ist ein politischer Blindgänger. 2009 ergaben Meinungsumfragen, daß 77% der Ukrainer mit ihr als Ministerpräsidentin unzufrieden waren. Dennoch hatten die EU-Minister den Auftrag, ultimativ ihre Freilassung zu fordern! Sie war als Staatspräsidentin 2015 vorgeschlagen, es war vorgesehen, sie an die Spitze des Putsches zu stellen. Ihre Volksrede am 22.Februar sollte ihr die Bahn vorzeitig freimachen. Aber mit nur 15% Zustimmung des Volkes begeht die „Interim-Regierung“ politischen Selbstmord. „Sie taugt nicht zur Märtyrerin, das Mitleid für sie hält sich in Grenzen“, schrieb der SPIEGEL entschuldigend. Nachdem diese Einsicht bei den

Drahtziehern Platz griff, verschwand Julia von der politischen Bühne, vermutlich für immer.

Asylanten-willkommen- wenn sie viel Geld mitbringen! – GK-

(Übersetzung aus The Age, 14-03-2014)

„Australiens Beliebtheit (für Asylanten) könnte zunehmen, sagte Mr. Hu, nachdem Kanada sein „Investoren-Einwanderer-Programm“ abschaffte. Dies geschah, weil die Behörden sich einem Ansturm von Einreisegesuchen reicher Chinesen aus der Volksrepublik gegenübersehen. Nicht weniger als 45.000 Anträge wurden in den letzten Monaten abgelehnt. Es hatte immerhin 28 Jahre zur vollsten Zufriedenheit gewirkt.

Im Gegensatz dazu hat Australien sein „Investor-Einreise-Programm“ erheblich ausgeweitet. Es erteilt Visa für ständigen Aufenthalt als Asylant/Flüchtling, wenn der „Investor“ mindestens fünf Millionen Dollar mitbringt und in Australien investiert.

Die Zahl der flüchtenden reichen Chinesen nimmt zu, seit Beijing gegen die überhand nehmende Korruption und Steuerhinterziehungen mit harten Strafen durchgreift. Ein früherer Bericht von CASS besagt, daß von 1995-2008 nicht weniger als 18.000 chinesische Amtsinhaber ins Ausland flüchteten. Sie schmuggelten dabei Vermögen im Werte von 145 Milliarden Dollar aus China.

In einer Woche des vorigen Jahres allein sind laut Meldung des Wirtschaftsnachrichtendienstes nicht weniger als 714 chinesische Regierungsbeamte nach anderen Ländern geflüchtet. Es wird geschätzt, daß schon 1,2 Millionen reiche Chinesen-Beamte mit ihren Familien im Ausland leben.“

P.S. In Australien kaufen die Geldkapital-Flüchtlinge/Asylanten aus China systematisch Land und Häuser, auch Bodenschätze auf, was schon zu erheblichen Rückwirkungen auf die Land- und Hauspreise, vor allem in den Großstädten, geführt hat. An Investitionen in der Industrie sind sie nicht interessiert. Was sich bereichern läßt, denn daheim in China arbeiten ihre Landsleute für 1/10 der Löhne in Australien.

Bleibt aber wieder einmal anzumerken, daß es solche Kapital-Asylanten nicht geben würde, wenn wir Freigeld im Lande hätten. Einmal wäre ihnen nicht möglich, auf Kosten ihrer Landsleute sich zu bereichern, sich dann nach Art der Eichhörnchen davonzumachen und die Beute in einem sicheren Versteck zu verdauen. Bzw. als Kapitalisten im Gastland wieder zinsbringend „anzulegen“ und so die Arbeitskraft der Gastgeber auch noch frech auszubeuten.

Der Freiwirt erkennt daran die schauerliche Beschränktheit der „Entscheidungssträger“, die mit obigen „Vergünstigungen für Reiche“ meinen, dem Lande einen Nutzen zu verschaffen.

BUCHVORSTELLUNG

Sklaven des Wachstums

(Berlin, 03.04.2014): Das Buch "Sklaven des Wachstums" von Reiner Klingholz ist Umweltbuch des Monats April 2014. Mit einer düsteren Zukunftsaussicht beginnt der Demografieexperte Reiner Klingholz sein Buch „Sklaven des Wachstums“. Fiktiv, aber auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhend, zeichnet er ein Bild der Welt im Jahr 2297: Hunger- und Rohstoffkrisen hervorgerufen durch einen nicht enden wollenden Hunger nach Wachstum, der alle natürlichen Ressourcen verschlingt und zu einer drastischen Krise geführt hat.

Auf Basis der Annahme, dass Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht unendlich sein kann, gibt Reiner Klingholz einen Überblick über die Entwicklungen von Wirtschaftsleistung und Bevölkerungszahlen in verschiedenen Ländern. Die Tendenz ist für ihn klar. Im 21. Jahrhundert beginnt die Zeit des Postwachstums. Eine Zeit, in der die Menschen mit steigendem Wohlstand weniger Kinder in die Welt setzen und das Bevölkerungswachstum abnimmt. Trotzdem erfordert Wohlstand einen erhöhten Energie- und Rohstoffverbrauch, der die Umwelt weiter schädigt. Die schlechten Bedingungen führen zu Ressourcen – und Nahrungsmittelknappheit und verschlechtern weiter das Klima. Der Autor stellt mit seinem Buch infrage, dass es eine Lösung für alle Probleme gibt und sagt voraus, dass das Festhalten am Wachstumsgedanken zu einer Blase führen wird – vermutlich stecken wir schon mittendrin. Nachhaltiges Wachstum hält er für eine Illusion, denn beispielweise eine Umstellung auf regenerative Energien verschlingt Material und Energie. Wenn der Höhepunkt erreicht ist, wird sich das gesamte Wachstum drastisch verlangsamen und die Ära des Postwachstums beginnt. Es stellt sich für ihn nicht die Frage, ob sondern wann es dazu kommt. Trotzdem bleibt den heutigen Generationen noch ein kleiner Handlungsspielraum, den die Menschen nutzen müssen. Reiner Klingholz räumt auf mit alten wirtschaftswissenschaftlichen Theorien und zeigt auf, dass wir über unsere Verhältnisse leben und noch keine nennenswerten Konzepte für eine gesicherte Existenz in der Zukunft haben. Deshalb plädiert er für die Befreiung aus dem Wachstumsgedanken: Die Akzeptanz des Schrumpfens:

„Wir müssen akzeptieren, dass uns keine Revolutionen weiterhelfen, sondern dass nur der evolutionäre Weg der vielen kleinen Schritte zum Ziel führt.“ Ein sehr gutes Buch, das fundiert Hintergründe beleuchtet und zum Umdenken auffordert, dabei aber trotz vieler Daten und Belege angenehm leserfreundlich geschrieben ist.

*Reiner Klingholz **Sklaven des Wachstums**. Die Geschichte einer Befreiung*

Wuppertal: Campus Verlag, 1. Auflage, 348 Seiten, 24,99€

ISBN: 978-3593397986